Nummer 281

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 75. Jahrgang. Freitag, 20. Juni 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten
Flugsport und Luftverkehr. Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage, „Kunst Welt Wissen" mit Roman

Für Manuskripte keine Verantwortung

Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Waldher Lund, Politischer Teil: Dr. Richard Jäger, Kunst und Wissenschaft: Hans Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Rentner, Inseratenteil: L. D.: H. Loose, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespalt. Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5 Rmk. Bezugspreis: Monatl. 6 Rmk. ohne Bestellgeld einschl. Rmk. 0,96 Postzeitungsgebühr (§ 8 U. St. G.). Die Zeitung erscheint i. d. Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle u. alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband od. Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich u. Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1930 für Amerika 7,50 $, Frankreich 155 franz. Francs, Belgien 44 Belga, Schweiz 30 schweiz. Franken, Holland 16 holl. Gulden, Dänemark 22 dän. Kronen, Schweden 27 schwed. Kronen, Norwegen 28 norweg. Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 80 span. Peseten, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 30 Schillinge, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Moldenhauers Rücktritt außer Zweifel.

Höpker-Aschoff Nachfolger?

Der Rücktritt Dr. Moldenhauers ist nunmehr so gut wie entschieden. Wenn der Reichskanzler Dr. Brüning noch gestern mittag damit rechnete, seinen Finanzminister im Amte halten zu können, so hat er diese Hoffnung nach seiner Unterredung mit dem Parteiführer der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz (siehe unter gestriges Abendblatt) aufgeben müssen. Da außerdem Herr Moldenhauer seinem mündlichen Demissionsangebot vom Mittwoch inzwischen auch das formelle Rücktrittsgesuch hat nachfolgen lassen, hat sich der Reichskanzler überzeugt, daß weitere Versuche, das Ausscheiden Dr. Moldenhauers aufzuhalten, zwecklos sein würden. Die offizielle Genehmigung des Rücktrittsgesuches durch den Herrn Reichspräsidenten ist somit nur noch eine Frage der Zeit. Es ist anzunehmen, daß Staatssekretär Meißner, der gestern Abend nach Neudeck abgereist ist, den Reichspräsidenten auch über die Entwicklung, die die Dinge im Laufe des Donnerstag nachmittag genommen haben, informieren wird, und daß dann dem Ablauf der notwendigen Formalitäten nichts mehr im Wege steht.

Was die Frage des Nachfolgers Dr. Moldenhauers betrifft, so scheint der Kanzler die Absicht zu haben, dem bisherigen Reichswirtschaftsminister Dietrich das Finanzministerium anzubieten, und im Falle einer Zusage Dietrichs einen Volksparteiler ins Wirtschaftsministerium zu berufen. Gut unterrichtete demokratische Kreise versichern jedoch, daß Herr Dietrich die Uebernahme des Finanzministeriums ablehnen werde. Lehnt Dietrich ab, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß sich der Kanzler dann an den preußischen Finanzminister Höpker-Aschoff wenden wird. Obwohl auch Herr Höpker bisher wenig geneigt zu sein scheint, glaubt man ihn doch eher zur Uebernahme des Reichsfinanzministeriums bewegen zu können, wie seinen Parteifreund Dietrich.

Eine Frage an Herrn Brüning: Weshalb muß es denn in jedem Falle ein Demokrat sein? Gibt es nicht bei den anderen Parteien, und besonders außerhalb jeder Parteibindung andere ebenso geeignete Persönlichkeiten?

*

In Uebereinstimmung mit der Haltung der „Berliner Börsen-Zeitung" wenden sich auch verschiedene andere, dem rechten Flügel des Reichskabinetts nahestehenden Presseorgane gegen eine Ausdehnung der Finanzministerkrise auf das Gesamtkabinett, sowie gegen jedes starre Festhalten an dem Moldenhauerschen Deckungsprogramm. So schreibt die „Deutsche Tageszeitung":

„Wir halten es für ausgeschlossen, daß das Kabinett etwa entschlossen sei, gegen die einhellige Meinung der Oeffentlichkeit über den Moldenhauerschen Finanzdilettantismus anzukämpfen. In der Sache geht es ja viel weniger darum, ob die eine oder andere Steuer mehr oder weniger gefällt oder mehr oder weniger umgeändert werden muß. Was mit Recht allseitig als untragbar für die Arbeiten des Kabinetts, wie für die allgemeine Wirtschaftslage empfunden wird, das ist der völlige Mangel an organischem Aufbau unseres Reichshaushalts. Diese Tatsache ist auch ausschlaggebend für die Wahl des Nachfolgers. Wir möchten auch nochmals davor warnen, die Besetzung des Finanzministeriums einfach durch Ressortverschiebungen zu erledigen. Wie wir schon oben betont haben, kann der Reichshaushalt nicht bloß durch gewisse Umwandelungen der beiderseitigen Gesetze den Reichstagsparteien schmackhaft gemacht, **sondern muß nach völlig neuen Wegen gelenkt werden, die zum mindesten die Einleitung einer grundsätzlichen Haushalts- und Verwaltungsreform bilden.** Für eine solche Aufgabe aber kommt nur eine frische Kraft, ein Finanzfachmann von Ruf, in Frage, dessen Name dafür bürgt, daß nicht die großen produktiven Aufgaben, die dem Kabinett obliegen, und die es mit so glücklicher Hand in die Wege geleitet hat, vom Haushalt her wieder bedroht werden."

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" bezeichnet die Gelegenheit als günstig, „das ins Wanken geratene Prestige der Reichsregierung rasch und vollständig wieder herzustellen, indem das Finanzressort, dem Wunsche des Herrn Dr. Moldenhauer entsprechend, einer anderen Persönlichkeit übertragen wird, und die abgrundtiefen und aussichtslosen Deckungsvorschläge des Reichsfinanzministeriums grundsätzlich geändert werden". — Mit Recht erinnert das Blatt die Regierung Brüning, daß sie „jetzt zum zweiten Mal eine außerordentliche Chance habe".

Aehnlich äußert sich die „Kreuzzeitung":

„Die Not der Umstände wird das Kabinett zwingen, es diesmal bei einer Teilkrise bewenden zu lassen und die endgültige Entscheidung über sein Schicksal auf einen späteren Termin zu vertagen. Es gilt sich damit gleichzeitig noch einmal die Chance in die Hand, versäumte Gelegenheiten wieder gut zu machen und sich eine bessere Position zu schaffen als die, in der es sich heute befindet.

Das altkonservative Blatt wirft schließlich die Frage auf, ob nach dem Rücktritt Dr. Moldenhauers dessen Staatssekretär Schäffer, der mit ihm ins Finanzministerium eingezogen sei, noch im Amte bleiben könne. Schäffer habe sich — so bemerkt die „Kreuzzeitung" — „nachgerade wie ein Mann den Aufgaben, die ihm gestellt wurden, nicht gewachsen gezeigt und es wäre nur natürlich, wenn er zusammen mit Herrn Dr. Moldenhauer von seinem Posten verschwände." Wir sind ganz der gleichen Meinung. Das alte Sprichwort „Fällt der Mantel, so fällt der Herzog" hat auch umgekehrt Gültigkeit. Ganz besonders in diesem Falle.

*

Die Arbeitslosenversicherungsvorlage am Sonnabend vor dem Reichsrat.

Der Reichsrat ist für Sonnabend, 12 Uhr, zu einer Sitzung einberufen worden. Von den Deckungsvorlagen steht allein der Gesetzentwurf zur Aenderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes auf der Tagesordnung. Neben weiteren kleineren Vorlagen sollen ferner die Ausführungsbestimmungen des Reiches zum Gaststättengesetz erledigt werden. Die Gesetzentwürfe über die Reichshilfe der Selbstsoldaten, des Ledigen-Notopfer und die Reform der Krankenversicherung stehen noch nicht zur Beratung. Sie sind zunächst nur zum Zwecke der formalen Ausschuß-Ueberweisung auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Die Deutschnationale Volkspartei zum Notopfer.

Restlose Ablehnung.

In einer parteiamtlichen Verlautbarung über die Haltung der DNVP. zum Notopfer verweist die Deutschnationale Pressestelle auf die ablehnende Stellungnahme des Fraktionsvorsitzenden Dr. Oberfohren in Vorträgen in Dresden und Berlin-Wilmersdorf und des Parteiführers Dr. Hugenberg in einer Rede in Bischofswerda und fährt dann fort: Mit dieser Stellungnahme der beiden Führer ist die Haltung der Deutschnationalen Volkspartei klar festgelegt. Die Deutschnationalen lehnten nicht nur die ungerechte Sonderbesteuerung ab, sondern sie verlangen überhaupt, daß der Zwangswirtschaft des Kabinetts Brüning, die sich auf den Bahnen Hilferdingscher Methoden bewegt, endlich Einhalt geboten und damit eine weitere Verelendung des Volkes als Folge der Annahme der Youngplanes verhindert wird. Sie verlangen einen energischen Abbau der ungeheuren Staatsausgaben und eine Abwälzung der untragbaren Tributlasten auf das Ausland, wie sie Dr. Hugenberg vorgeschlagen hat.

Pariser Demaskierung.

Die „getarnten" Milliardenausgaben für die Aufrüstung.

TU **Paris**, 19. Juni.

Obgleich über die Verwendung der von dem Finanzminister Reynaud unter „laufenden Ausgaben" aufgeführten 7 Milliarden Francs genaue Einzelheiten noch nicht bekanntgegeben worden sind, scheint schon jetzt festzustehen, daß neben den Ausgaben für Befestigungen an der italienischen Grenze ein großer Teil dieser Summe für die Auffüllung der Armeelager mit Munitionsmaterial, Kleidung usw., verwendet werden soll. Der sozialistische „Soir" will wissen, daß für die Heereslage bereits seit fünf Jahren keinerlei Neuanschaffungen gemacht worden seien, obwohl die Vorräte durch die militärischen Operationen in Marokko und Syrien fast vollkommen erschöpft seien. Es handele sich, so betont das Blatt, um eine Ausgabe von mindestens 10 Milliarden, die die Regierung nunmehr auf sieben Jahre verteilen werde. Seit fünf Jahren verlange man von den französischen Steuerzahlern 60 Milliarden für die nationale Verteidigung. Man müsse sich wundern,

wohin die ganzen Gelder gingen.

Die Frage sei jetzt, auf welche Weise das Geld dafür beschafft werden soll, ob durch neue Steuern oder durch eine Anleihe, oder durch die Ueberschreibung der für das nationale Wirtschaftsprogramm vorgesehenen fünf Milliarden Francs.

In den Wandelgängen der Kammer schätzt man die Unkosten, die für die Auffüllung der Munitionsdepots notwendig sind, auf fast 8 Milliarden Francs, die zu den 3 Milliarden hinzuzurechnen sind, die für das dreijährige Programm des Ausbaues der Grenzverteidigung vorgesehen sind.

Der französische Ministerrat

trat am Donnerstag unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten zusammen und beschäftigte sich in erster Linie mit den verschiedenen Haushaltsfragen sowie den Erklärungen, die Ministerpräsident Tardieu am Freitag vor dem Finanzausschuß der Kammer abzugeben gedenkt. Der Ministerrat hat außerdem den Justizminister beauftragt, sich vor dem Senat für die baldige Beratung des Gesetzesvorschlages bezüglich der Amnestierung der in Elsaß-Lothringen wegen politischer Vergehen Verurteilten einzusetzen. Der Handelsminister wurde beauftragt, sich mit der durch die neuen amerikanischen Zolltarife geschaffenen Lage und ihre Auswirkung in der französischen Wirtschaft zu befassen.

Der Zollausschuß der Kammer hat in seiner heutigen Sitzung eine Tagesordnung angenommen, in der gegen die neuen amerikanischen Zölle Protest erhoben wird.

Neuer Zwischenfall an der ostpreußischen Grenze.

TU **Lyck**, 19. Juni.

An der deutsch-polnischen Grenze bei Prostken im Tutschilowoer Bruch hat sich Donnerstag nachmittag ein neuer Grenzzwischenfall ereignet. Ein polnischer Zollbeamter wurde dort von einem deutschen Grenzzollbeamten in Notwehr erschossen. Nähere Einzelheiten fehlen noch. Staatsanwalt, Untersuchungsrichter und Polizeibeamte begaben sich zwecks Aufnahme des Tatbestandes sofort an den Ort des Zwischenfalls.

Sieg der Prohibitionsgegner in Amerika.

TU **New York**, 19. Juni.

Die „Nassen" haben einen großen Sieg zu verzeichnen. Der frühere amerikanische Botschafter in Mexiko, Morrow, ist nach dem nunmehr vorliegenden Ergebnis bei den Senatswahlen in New Jersey mit überwältigender Mehrheit gewählt worden. Morrow erzielte insgesamt etwa 408 000 Stimmen, während sein „trockener" Gegenkandidat Fort nur 114 000 Stimmen auf sich vereinigen konnte.

In den letzten Jahren hat kein politisches Ereignis soviel Aufsehen erregt wie der Sieg Morrows in den Senatsvorwahlen. Morrows Sieg ist ein weiteres Anzeichen für den wachsenden Widerstand gegen die Alkoholverbotsgesetze. Bei den „Trockenen" ist man allerdings der Ansicht, daß New Jersey schon von jeher „naß" gewesen sei und daß dem Wahlergebnis infolgedessen keine besondere Bedeutung beizumessen sei. Nichtsdestoweniger ist es Tatsache, daß es sich bei Morrow um eine außerordentlich einflußreiche Persönlichkeit handelt, dessen Auftreten in der Prohibitionsfrage zweifellos noch eine recht große Rolle spielen wird.

Schweres Unglück in Essen.

Essen, 19. Juni.

Ein furchtbares Unglück ereignete sich heute abend in der Neubaukolonie in der Helmholtzstraße. Um etwa 20.30 Uhr gab plötzlich vor einem Hause der Straße das Erdreich nach und es entstand ein riesiger Krater, der ungefähr 12—15 Meter tief ist und etwa 15 Meter im Durchmesser hat. Ein auf der Straße spielendes Kind wurde in die Tiefe gerissen. Die Bemühungen der städtischen Feuerwehr, das Kind zu bergen, mußten als aussichtslos aufgegeben werden, zumal da die Einsturzgefahr noch nicht endgültig beseitigt ist. Außerdem verschwand ein Wagen, der einer Tiefbaugesellschaft gehörte, spurlos in der Tiefe. Wie sich in später Abendstunde ermitteln ließ, soll sich unter der betreffenden Stelle ein alter Schacht befunden haben, der etwa 40 Jahre außer Betrieb ist.

Sowjetrussische Hintergründe und Abgründe.

Wenn der große Geschichts- und Kulturpsychologe Jacob Burckhardt heute seine Vorlesungen über „Weltgeschichtliche Krisen" halten würde, würde er sicherlich dem Wesen und der Entwicklung des bolschewistischen Rußland eines der hauptsächlichsten Kapitel widmen. Denn, was seit 1917, als Lenin und Genossen in den von der deutschen Militärbehörde plombierten Waggons durch Deutschland nach Petersburg fuhren, um dort die kommunistische Revolution zu organisieren, bis heute in dem ehemaligen Zarenreiche vor sich gegangen ist und was aller Voraussicht nach sich in der nächsten Zukunft noch weiter entwickeln wird, muß auf das gesamte Menschheitsgefüge von heute von stärkster, schicksalschwerer Einwirkung sein.

Zwar ist die Jahre hindurch mit primitiver Heftigkeit propagierte und unzähligemal an den verschiedensten Plätzen der Welt angestrebte „Weltrevolution" bisher nicht zustande gekommen; sie bleibt aber eine ernste Drohung für die Kultur und Zivilisation des Abendlandes, besonders, weil in den folgenden Jahren die feindselige Abschließung des 130 Millionen-Volkes, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, den ökonomischen Weltblutkreislauf schwer beeinträchtigt, und wenn der sogenannte 5-Jahre-

Neue Diskontsenkungen.

Wie uns ein Funkspruch aus New York meldet, hat die New Yorker Bundesreservebank ihre Rediskontrate weiter um ½ Prozent auf 2½ Prozent herabgesetzt.

Auch der Zentralausschuß der Reichsbank ist zu heute einberufen worden. Es dürfte sich dabei um die Beschlußfassung um eine weitere Senkung des Diskontsatzes um ½ Prozent auf 4 Prozent handeln. (Näheres siehe Wirtschaftsteil der vorliegenden Ausgabe.)

Plan Stalins mit den äußersten Opfern eines zur trostlosen Arbeitssklaverei verurteilten Volkes gelingen sollte, zweifellos noch mehr beeinträchtigen werden wird. Hinzu kommen noch die starken Antriebe, welche von Moskau aus die Emanzipation der farbigen Menschheit, des status quo, vor allem, was die Absatzmärkte der europäischen Industrie anbelangt, in malam partem beeinflußt.

Dabei war man die ganzen Jahre, nicht nur in der ersten Zeit, sondern auch heute noch sich meist völlig unklar über das Wesen des bolschewistischen Sowjetregimes, über den Charakter der regierenden Kreml-Oligarchie und über die wirklichen Zustände in Rußland, die auch klugen unparteiischen Besuchern fast immer mit raffiniertester Geschicklichkeit verschleiert und irgendwie „arrangiert" wurden.

Deshalb ist es von mehr als pikant sensationellem Interesse, wenn in letzter Zeit eine Anzahl von Büchern erschienen sind, von Männern geschrieben, welche nach langjährigen Erfahrungen und schließlich grausamer Enttäuschung den Vorhang vor der blutgetränkten gräuelerfüllten Sowjetszene mit ihren grotesken, oft gewaltsich schurkenhaft, zwischen „Uebermensch" und „Untermensch" herzerrten politischen Protagonisten hinwegziehen und uns die ganze Höllenhaftigkeit der russischen Existenz, vor allem aber des bolschewistischen „Herrentums" vor Augen führen.

Sicherlich mag, wie von Moskau gefliffentlich behauptet wird, hier und da bei einigen früheren Sowjet-Mitarbeitern, wenn sie die hochbezahlten und angenehmen Auslandsposten mit dem Hungerdolsein in Moskau vertauschen sollen, persönlicher Selbsterhaltungstrieb mitsprechen, der sie im letzten Augenblick auch „aus dem Zuge springen" läßt, wie das, nicht bildlich, sondern im eigentlichsten Sinne des Wortes erst kürzlich Herr Raumow kurz vor der russischen Grenze in Polen getan hat.

Solche eventuelle Einschränkung hindert aber nicht, daß man Offenheit und Wahrheit in „Enthüllungen" deutlich erkennt, wie sie uns z. B. in dem Buche von Grégorj Bessedowsky „Im Dienste der Sowjets". Erinnerungen. Aus dem Russischen von Barón R. v. Gersdorff (Grethlein & Co., Leipzig-Zürich) geboten wird.

Der Verfasser war zuletzt russischer Botschaftsrat in Paris, erlebte unter der brutalen Diktatur Stalins wachsende Enttäuschungen, wurde der tausendäugigen Tscheka verdächtigt, von ihr zum Tode verurteilt, und konnte auch nur erst im letzten Augenblicke nach fast neun-